

# Positionen der Landesparteien zum Grundwasserschutz in Niedersachsen

## Landespartei: FDP

Der Landesvorstand Dr. Stefan Birkner antwortete über Frau Munsch, Referentin Medien, Organisation, Landesfachausschüsse, Mitgliederverwaltung, Landesschiedsgericht, am 23.08.2021 per E-Mail wie folgt:

„Hiermit darf ich Ihnen die Stellungnahme zum Grundwasserschutz von Dr. Stefan Birkner weiterleiten.

Grundsätzlich unterstützen wir es, wenn Anwohnerinnen und Anwohner sich mit Themen vor Ort auseinandersetzen und geplante Maßnahmen kritisch hinterfragen. Dabei ist uns aber wichtig, dass dieser Dialog und das Hinterfragen von solchen Sachverhalten stets sachlich bleibt und nicht emotionalisiert wird. Grundlagen für einen konstruktiven Austausch müssen stets fundierte Fakten sein.

Die Entnahme des Grundwassers durch Mineralwasserkonzerne aus den Grundwasserkörpern unterliegt einem gesetzlich vorgeschriebenem Genehmigungsverfahren. Auch in dem vorliegenden Fall des dritten Brunnens der Apollinaris Brands GmbH wurde sich unseres Wissens an die gesetzlichen Vorschriften gehalten.

Eine Entnahmegenehmigung muß auf Grundlage einer ausreichend aktuellen und umfassenden Datenlage erfolgen. Auch wenn diese dann für einen sehr langen Zeitraum erteilt wird, kann bzw. muss sie von der Verwaltung jederzeit widerrufen werden, wenn sich an dieser Grundlage etwas Relevantes ändert. Etwa weil der übliche Niederschlag aufgrund von Klimaveränderungen ausbleibt.

Wir stimmen Ihnen zu, dass Modellrechnungen mit veralteten Daten nicht der Situation gerecht werden. Es müssen aktuelle Werte ermittelt und berücksichtigt werden. Hierfür plädieren wir beispielsweise auch bei der Ermittlung der so genannten "Roten Gebiete". Modellrechnungen - insbesondere solche mit veralteten Daten - sollten bei solchen Entscheidungen nicht die maßgebliche Grundlage darstellen.

Wir sind der Auffassung, dass es aber bei den Grundwassergebühren keine Privilegierungen geben darf. Das Weltunternehmen Apollinaris Brands GmbH hat die gleichen Entnahmegebühren zu zahlen wie ein kleines, ortsansässiges Familienunternehmen. Die Mehreinnahmen durch die Anhebung des Entnahmepreises darf nicht im Verwaltungsapparat verdunsten, sondern muss aktiv in die Technologie zur Wasseraufbereitung und Wassereinsparung investiert werden, um die Wissenschaft und den Naturschutz zu stärken.

Ein solches Projekt wie der Apollinaris Brunnen darf nicht dazu führen, ganze Ortschaften zu spalten. Eine Diskussion ist wichtig und richtig, aber sie muss stets sachlich bleiben und darf nicht emotionalisiert werden.“

Die Bürgerinitiative *Unser Wasser* erwidert:

Es sind nicht „Anwohner\*Innen“, die sich mit der Thematik befasst haben, sondern eine Bürgerinitiative, die in der Tat keine eigene Rechtsform hat, aber durch die große Resonanz in allen Teilen der Bevölkerung doch eine Größe darstellt, die die Politik nicht unterschätzen sollte. Vor allem, weil sie sich inzwischen eine Expertise erarbeitet hat, die den meisten Abgeordneten kaum möglich ist in dieser Tiefe.

Richtigerweise unterliegen alle Anträge auf Wasserentnahmen einem gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungsverfahren. Sowohl die entsprechenden Gesetze auf EU-Ebene, National und länderspezifisch sowie die zugehörigen Erlasse sind uns im Detail bekannt. Formal geht es hier auch seinen gesetzlichen Gang. Allerdings werden einzelne Passagen aus den o.g. Vorgaben prinzipiell ignoriert. Dazu könnten wir Ihnen etliche Beispiele nennen. Um Privilegierungen geht es nicht, eher um eine Priorisierung, die bisher in den Wassergesetzen noch nicht erkennbar ist, die aber unbedingt geschaffen werden müsste, da die Grundwasserneubildung infolge des Klimawandels abnehmen wird bei gleichzeitig steigendem Wasserbedarf aller Nutzer. Dazu finden Sie auch Links zu wissenschaftlicher Literatur auf unsere [Website](#). Die Reihenfolge müsste eindeutig sein: Trinkwasserversorgung – Landwirtschaft – Industrielle Nutzung. Auch eine progressiv gestaltete Wasser-Entnahmegebühr mit verschiedenen steilen Progressionskurven für die verschieden-rangigen Nutzer wäre ein wichtiges Gesetzesvorhaben.

Wie Sie darauf kommen, dass von unserer Seite emotional agiert wird, erschließt sich mir nicht. Eher habe ich diesen Vorwurf in der für Weltkonzerne typischen Art, ihre Gegner zu diskreditieren, erlebt. Aus ganz Deutschland bekommen wir für unsere kenntnisreiche Sachlichkeit von Experten aus Verbänden und Universitäten klare Anerkennung. Gerade die FDP ist doch nicht wissenschaftsfern?!

Wenn Sie sich die Mühe machen wollen, die [Position der FDP des Landkreises Lüneburg](#) zu lesen und die ausführliche [Stellungnahme der BI Unser Wasser](#) dazu, verstehen Sie uns vielleicht besser. Nicht aus unbegründeter Sorge, sondern aus gewonnenen Erkenntnissen heraus wird die BI Unser Wasser weiter gegen den 3. Brunnen von Coca-Cola kämpfen und darüber hinaus den Grundwasserschutz in aller Komplexität fördern.